

„Mitbestimmen dürfen wir vielfach nicht“

MARZAHN: Am Helene-Weigel-Platz protestieren Anwohner gegen den Bau von weiteren Hochhäusern und für mehr Mitsprache

von Oskar Paul

„Einstimmig“, verkündet der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Marzahn-Hellersdorf. „Unseren Helene-Weigel-Platz schützen“ heißt der Antrag, der da angenommen wurde. „Ein großer Meilenstein“, kommentierte Markus Berg, einer der Initiatoren des Antrags, gegenüber der Berliner Morgenpost, die Abstimmung.

Am östlichen Helene-Weigel-Platz beabsichtigt ein Investor, die Ruine des Kinos Sojus abzureißen und zwei elfgeschossige Wohntürme zu errichten, die dann an das städtische Wohnungsunternehmen Berlino Novo gehen sollen. Am westlichen Helene-Weigel-Platz will der Eigentümer Wohnhäuser errichten, wo heute noch ein Flachbau steht. Hunderte neue Wohnungen könnten so entstehen. Doch gegen diese Pläne regte sich Widerstand. Über 2000 Unterschriften wurden von einer Bürgerinitiative gesammelt und der Antrag „Unseren Helene-Weigel-Platz schützen“ gemeinsam von Markus Berg, Petra Wermke und Marika Wagner in der BVV eingereicht.



Auf dem Helene-Weigel-Platz stehen bereits markante Hochhäuser und das Alte Rathaus. Die Anwohner Marika Wagner, Markus Berg und Petra Wermke sammelten 2000 Unterschriften gegen den Bau weiterer Hochhäuser auf dem Platz. Fotos: Oskar Paul



Fotos: Oskar Paul

In ihrem Antrag fordern die Anwohner mehr Beteiligung, eine bessere Infrastruktur und mehr Klimaschutz. Im Mai sitzen Markus Berg, Petra Wermke und Marika Wagner von der Bürgerinitiative im ehemaligen Trauungssaal des Alten Rathaus Marzahn. Ihren Antrag haben sie vor Wochen eingereicht. Zum Zeitpunkt des Gesprächs ist noch nicht klar, wann er zur Abstimmung kommt. „Die Menschen hier sind im Ungewissen“, sagt Berg. Was stört die Anwohner an den Bau-Plänen? „Das Ensemble ist fertig“, sagt Wagner.

Mit Nachdruck. Seit 1979 lebt sie hier. „Wir brauchen Wohnungen“, sagt sie. Aber nicht in dem Ausmaß, sondern „mit Augenmaß.“ Parkplätze, Dienstleister, Ärzte fehlen hier. Zumal der Platz ja nicht nur von den unmittelbaren Anrainern genutzt wird.

Der Mangel an sozialer Infrastruktur ist ein Thema, das viele Menschen im Bezirk bewegt – nicht nur am Helene-Weigel-Platz. Zum Beispiel an der Kleebattpassage und dem Tal-Center, wo sich auch Bürger zusammengeschlossen

haben, um gegen XXL-Wohnbauprojekte zu protestieren.

Im Vergleich zu den Einkaufspassagen im Norden Marzahns sprüht der Helene-Weigel-Platz nur so vor Leben: Es gibt eine Schwimmhalle, ein Ärztehaus, ein Restaurant, eine Bibliothek, mit den „Chilischoten“ gibt es sogar ein kleines Kabarett. Trotzdem sagen die Initiatoren des Antrags: Hier fehlen Dinge. Restaurants und Bars. Ärzte fehlen im gesamten Bezirk. Sie sorgen sich um Schul- und Kita-Plätze. S-Bahn und Straßen-

bahn sind heute schon „rappelvoll“, sagt Berg. Und auch das Kino Sojus fehlt den Menschen, auch als Versammlungsort der Bewohnerschaft.

In ihrem Bürgerantrag fordern die Anwohner unter anderem mehr Transparenz, mehr Einwohnerversammlungen und die Gründung eines Beirats. Auch der Architekt des Platzes, Wolf R. Eisentraut, soll Teil dieses Gremiums werden. „Wir können Steuern zahlen, wir dürfen wählen, aber mitbestimmen dürfen wir vielfach nicht“, sagt Wagner.

Dazu muss man auch wissen: Berg ist bei der Linken aktiv, ist sogar Mitglied im Bezirksvorstand. Das passt auch zur Strategie der Linken, Bürgerproteste aufzugreifen und in die Parlamente zu tragen. Hier spricht also nicht „nur“ ein Anwohner. Bei Berg mischen sich politische Überzeugungen und private Interessen, wie er sagt. Auch Wermke war mal BV-Vorsteherin für die Linke. Aber (ehemalige) Lokalpolitiker sind ja auch Anwohner.

Doch der Antrag wurde wohl auch deshalb einstimmig in der BVV beschlossen, weil mit dem Beschluss der Bau von Wohnungen nicht verhindert wird. Es geht vielmehr um Beteiligung, soziale Infrastruktur und mehr Klimaschutz (auch wenn in der Begründung des Antrags steht, dass der Helene-Weigel-Platz „keiner weiteren Bebauung bedarf“). „Das Bezirksamt kann keinen Verhinderungsbauplan aufstellen“, erklärt Berg. Ein Bauplan, der ausschließlich verhindert, ist juristisch anfechtbar. Daher haben sich die Anwohner dafür entschieden, keine „komplette Blockade-Position“ einzunehmen. Sie hoffen aber, dass sie in Zukunft mehr Gehör finden werden.